

Todesopfer im Rassenkrawall

ATLANTA, 11. September (AP). Noch bis in den Sonntagmorgen war die farbige Bevölkerung von Atlanta im amerikanischen Südstaat Georgia in Aufruhr, nachdem ein Negerjunge am Samstagabend, wahrscheinlich von Weißen, erschossen und ein zweiter verletzt worden war. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Schuß in den Kopf getroffen, sein Zustand wurde nach einer Behandlung im Krankenhaus als zufriedenstellend bezeichnet. Nach den Beobachtungen eines Anwohners wurden die Schüsse auf die Negerjungen aus einem vorbeifahrenden Wagen abgegeben, in dem ein weißer Mann und eine weiße Frau saßen. Eines ihrer Opfer, der 16-jährige Hubert Vornier, war bei der Einlieferung in ein Krankenhaus bereits tot. Dem zweiten angeschossenen Jungen, dem 16-jährigen Milton Wright, ging es den Umständen entsprechend gut.

Wie aus Chicago gemeldet wird, ist der amerikanische Nazi-Anführer Rockwell am Wochenende in Chicago festgenommen worden, ehe etwa hundert seiner Anhänger mit Hakenkreuzfahnen durch ein Negerviertel von Chicago marschierten, wobei es zu Krawallen kam. Die meisten von rund 1500 Farbigen, die den Zug der Weißen durch ihr Wohnviertel beobachteten, blieben unbeteiligt. Einige Male schleuderten sie jedoch Steine und warfen Behälter mit Säure auf die Nazis. Zwei Polizisten und sieben Farbige wurden dabei verletzt.

Die Mitglieder des amerikanischen Senats haben, wie aus Washington gemeldet wird, durch Abwesenheit eine Debatte des neuen amerikanischen Bürgerrechtsgesetzes verhindert, dessen Paragraphen jede Diskriminierung von Farbigen beim Kauf von Häusern oder Mieten von Wohnungen untersagt. Die für eine Debatte erforderliche Anzahl von 51 Senatoren erschien weder am Donnerstag noch am Freitag im Plenarsaal, so daß die Debatte auf Montag vertagt wurde. Politische Kreise in Washington rechnen jedoch nicht damit, daß sie an diesem Montag stattfinden kann.

Kleine Meldungen

Dean Rusk, der amerikanische Außenminister, hat am Wochenende das Walter-Reed-Krankenhaus, in das er am vergangenen Dienstag mit einer Grippe-Erkrankung eingeliefert worden war, wieder verlassen. Rusk will an diesem Montag seine Arbeit wiederaufnehmen.

Eine Delegation des Bundestages unter der Leitung des CDU-Abgeordneten Martin ist in Pakistan eingetroffen, von wo aus die Abgeordneten zu einer vierwöchigen Reise durch Asien, auch nach Afghanistan und Indien, starten. (dpa)

Ein Berlin-Treffen veranstaltet die SPD vom 20. bis 23. Oktober; auf einer Kundgebung werden im Sportpalast Brandt, Erler und Wehner sprechen. (F.A.Z.)

Johannes Dieckmann, der Präsident der Volkskammer, hat in Leipzig auf

Hohe Wahlbeteiligung in Südvietnam

FORTSETZUNG UNSERES BERICHTES VON SEITE 1

An seinem sechsendreißigsten Geburtstag am Freitag wurde dann offensichtlich, daß er das Amt des Präsidenten anstrebt. Darüber hinaus ließ er als Wahlschlager zwei angesehene französische Geschäftsleute in Saigon verhaften. Die Begründung für diese Festnahme ist wenig überzeugend. Es heißt die beiden Franzosen hätten Millionen Piaster an den Vietcong gezahlt. Da das fast alle Geschäftsleute und auch manche Funktionäre in Saigon tun sollen, hätte die Tatsache an sich kaum ausgereicht, Verhaftungen in der französischen Kolonie vornehmen zu müssen. Von offizieller Seite wurde jedoch behauptet, die Franzosen hätten beabsichtigt, mit ihrer finanziellen Unterstützung an den Vietcong die Wahlen negativ zu beeinflussen. Inzwischen sollen drei weitere angesehene französische Bürger in Saigon verhaftet worden sein.

Politische Beobachter wollen wissen, daß insgesamt vierzehn Franzosen auf der Liste stehen, die festgenommen werden sollen. Es wird befürchtet, daß eine Art Franzosenpogrom vorbereitet wird. Unterrichtete Kreise sind sich nicht im klaren, ob damit der latente Fremdenhaß in Vietnam politisch geschürt werden soll oder ob die Verhaftungen als Antwort der Regierung in Saigon auf die Politik des Generals de Gaulle in Südostasien gedeutet werden sollte. Von amerikanischer Seite wird zu dieser Entwicklung noch geschwiegen.

Die Tage der Wahlvorbereitung haben nach dem Willen der amerikani-

schen politischen Stellen ganz im Zeichen der südvietnamesischen Regierung stehen sollen. Jede fremde Einmischung in innervietnamesische Angelegenheiten wurde vermieden. Die amerikanischen Truppen, deren Verlustquoten mittlerweile auf fünftausend Tote gestiegen ist, haben zum Wahlwochenende eindeutig militärische Aufträge außerhalb der Städte und Dörfer erhalten.

General Westmoreland hatte Südvietnam demonstrativ verlassen und begab sich auf eine Geschäftsreise nach Korea. Die Vereinigten Staaten wollen die Südvietnamesen ermutigen, nach Bildung der verfassunggebenden Versammlung binnen sechs Monaten eine Konstitution auszuarbeiten, die eine demokratische Regierungsform ermöglicht. Sie hoffen, auf die Dauer die offensichtliche politische Apathie der Vietnamesen überwinden zu können.

Dazu bedürfe es nach Auffassung amerikanischer Kreise des politischen Geschicks der Regierung und zusätzliche amerikanische Truppen. Man setzt darauf, daß letzten Endes die politische Neugierde, das Interesse der Menschen des Südens, sich zu zeigen, dabei sein zu wollen, über alle Unannehmlichkeiten siegen wird. Die Wahlumzüge mit ihren öffentlichen Drachentänzen, die Anteilnahme der Bevölkerung, wenn es um eine öffentliche politische Schau ging und die Wahlbeteiligung am Sonntag haben Politiker zu optimistischen Deutungen der nächsten Zukunft kommen lassen.

Kein Plan für Truppenrückzug

Pzg. MOSKAU. Der sowjetischen Presse kann man entnehmen, daß Parteichef Breschnew das Politbüromitglied der Vietnamesischen Partei der Werktätigen, Le Tschan Ngu, in Gegenwart des Chefideologen Suslow und des für sozialistische Länder zuständigen Sekretärs des Zentralkomitees Andropow empfing. Er hatte hier vor Tagen, wie es ausdrücklich hieß, auf der Durchreise nach anderen osteuropäischen Ländern Halt gemacht, wobei seine Eigenschaft als stellvertretender Ministerpräsident und Leiter der Regierungswirtschaftsdelegation hervorgehoben wurde. Wie verlautet, setzte er inzwischen die Reise nach Budapest und Prag fort, um dort über einen Ausbau der Hilfeleistung für Vietnam zu verhandeln.

Wie Agenturen aus Moskau melden, hat Nordvietnam am Samstag abermals die Aufforderung des amerikanischen Präsidenten Johnson abgelehnt, einen Zeitplan für den Abzug der nordvietnamesischen Truppen aus Südvietnam vorzulegen. Die Absage war in einer Erklärung des nordvietnamesischen Außenministeriums enthalten und bekräftigte die Bedingungen, deren Erfüllung Hanoi schon früher als Voraussetzung für Friedensgespräche genannt hatte. Johnson hatte angeboten, die Vereinigten

Staaten wollten einen Zeitplan zur Rückführung ihrer Streitkräfte aus Südvietnam unterbreiten, sobald Nordvietnam eine gleiche Verpflichtung eingelege.

Flugzeug verloren

SAIGON, 11. September (AP). Die amerikanischen Streitkräfte waren am Wahlwochenende in Vietnam nur in der Luft in größerem Umfang in der Offensive. In der Morgendämmerung kurz nach Ablauf einer vierstündigen nachmittäglichen Ausgangssperre für die südvietnamesische Bevölkerung eröffnete eine amerikanische Infanteriepatrouille etwa 40 Kilometer nordwestlich von Saigon das Feuer auf einen ihnen verdächtig erscheinenden Ochsenkarren. Bei Anbruch des Tages fand man die vier Insassen, unbewaffnete Zivilisten, darunter zwei Kinder, tot. Bei einem Angriff auf eine nordvietnamesische Feuerstellung wurde am späten Samstagabend zum ersten Mal ein amerikanisches Flugzeug über der entmilitarisierten Zone abgeschossen.

Wie aus Kambodscha gemeldet wird, hat die Regierung bekanntgegeben, daß zwei Hubschrauber mit amerikanischen Kennzeichen am Mittwoch das Dorf Sramar angegriffen hätten.

Wilson lehnt afrikanische Forderungen ab

Weder Gewaltanwendung noch Mehrheitsregierung in Rhodesien

hÖ. LONDON, 11. September. Die Commonwealth-Konferenz tritt an diesem Montag mit der Antwort Wilsons auf die afrikanischen Rhodesien-Forderungen in ihr kritisches Stadium. Nach Andeutungen von unterrichteter britischer Seite wird Premierminister Wilson nicht nur die Gewaltanwendung ablehnen, sondern auch die Forderung, daß Rhodesien seine legale Unabhängigkeit nur unter einer afrikanischen Mehrheitsregierung erhalten soll.

Die Ablehnung der von Sambia und anderen Commonwealth-Staaten geforderten Gewaltanwendung ist keine Überraschung. Wilson könnte sie in seiner Antwort an die Konferenz nicht zugeben, selbst wenn er wollte, da er sich verpflichtet hat, vor einer so einschneidenden Änderung der britischen Rhodesien-Politik das Parlament aus den Ferien zurückzurufen.

Nicht einmal Sambia hat London vor die ausschließliche Wahl gestellt: Gewaltanwendung oder Austritt Sambias aus dem Commonwealth. Präsident Kaunda hat die Gewaltanwendung als das rascheste und sicherste Mittel empfohlen, um Smith auf die Knie zu zwingen. Falls die britische Regierung aber ein anderes, gleich sicheres und wenigstens ähnlich rasches Mittel anzubieten hat, so ist Sambia zum vorläufigen Verzicht auf Gewaltanwendung zu bewegen.

Sein Sprecher auf der Commonwealth-Konferenz, Außenminister Kapwepwe, ist aber nicht bereit, sich mit einem geschickt formulierten, aber hohlen Rezept abzufinden und zu intelligent, um einen solchen Versuch nicht zu durchschauen.

Wilson scheint die Forderung nach intensiveren Sanktionen unter Vorbehalt zu akzeptieren, aber nicht die nach Unabhängigkeit nur unter einer afrikanischen Mehrheitsregierung. Diese zweite Forderung wird von 17 unter den 22 Delegationen auf der Konferenz gebilligt. Er kann und wird in seiner Antwort darauf hinweisen, daß das Ziel einer afrikanischen Mehrheitsregierung von der Labour-Regierung uneingeschränkt anerkannt wird, was auch für die konservative und die liberale Opposition gilt.

Es ist eine der fundamentalen Bedingungen der britischen Regierung in ihrer Auseinandersetzung mit Rhodesien, daß jede neue Verfassung die unaufhebbare Garantie der ungehinderten Entwicklung der afrikanischen Mehrheitsregierung erhalten muß. Aber zu keiner Zeit hat Wilson oder einer seiner konservativen Vorgänger die Gewährung der Unabhängigkeit von der vorherigen Bildung einer afrikanischen Regierung abhängig gemacht. Wie lange die Konferenzdebatte über die Antwort Wilsons dauern wird, ist völlig offen.

Das Staatsbegräbnis Verwoerds

Rechtfertigung der Apartheid in der Trauerrede / Anteilnahme der Weißen

PRETORIA, 11. September (AP). Unter der Anteilnahme vor allem der weißen Bevölkerung Südafrikas ist der südafrikanische Ministerpräsident Verwoerd, der am Dienstag das Opfer eines Attentats geworden war, am Samstag in einem Staatsbegräbnis in Pretoria feierlich zu Grabe getragen worden. Etwa eine Viertelmillion Menschen erwiesen ihm die letzte Ehre. Der große Platz vor dem Halbrund der Regierungsgebäude war für die Trauerfeier in eine Kirche unter freiem Himmel verwandelt worden. Der schwarz und purpur verkleidete Katafalk, darauf der Sarg, mit der südafrikanischen Flagge bedeckt, stand unterhalb einer Kanzel, von der aus der Moderator der niederländisch-reformierten Kirche der Kap-Provinz, Gericke, die Trauerpredigt hielt. Sie wurde zu einem Bekenntnis zu der Rassenpolitik Verwoerds.

„Wir haben den Menschen verloren, aber seine Botschaft ist uns geblieben“, sagte Gericke. Die bleibende Botschaft des Ermordeten sah der Geistliche in der Überzeugung, daß Gott in seiner Weisheit die Rassen unterschiedlich geschaffen habe, damit sich jede nach ihren eigenen Anlagen innerhalb der

Grenzen ihrer eigenen kulturellen Tradition entwickeln könne.

In der ersten Reihe der Trauerversammlung saß der rhodesische Ministerpräsident Smith in Begleitung eines Leibwächters nicht in seiner Eigenschaft als Regierungschef, sondern als persönlicher Freund Verwoerds, wie die diplomatische Vertretung Rhodesiens betonte. Getrennt von den übrigen Trauergästen, aber in unmittelbarer Nähe der Hinterbliebenen und der Kabinettsmitglieder, hatte eine kleine Gruppe von afrikanischen Häuptlingen und Vertretern der indischen Bevölkerungsgruppe und der Mischlinge Platz gefunden. Der wichtigste Häuptling war Kaiser Mantanzima, Ministerpräsident der Transkal, des ersten Bantustates in Südafrika.

Tausende säumten die Straßen, als der Sarg auf einer Geschützlafette von 38 berittenen Polizisten, elf Panzerfahrzeugen und vierhundert Soldaten durch die Straßen Pretorias zum alten Stadtfriedhof geleitet wurde. An der Trauerfeier am Grabe nahmen nur die Familienangehörigen, Staatspräsident Swart und seine Frau, die Mitglieder des Kabinetts und enge Freunde der Familie Verwoerd teil.

Mihajlov in Zadar aus der Haft entlassen

F.A.Z. BELGRAD, 11. September. Der jugoslawische Dozent Mihajlo Mihajlov ist am Wochenende aus dem Gefängnis der Adriastadt Zadar entlassen worden. „Meine Mission ist beendet, gleichgültig, ob ich verurteilt werde oder nicht“, sagte Mihajlov. „Die Sache hat gesiegt.“ Mihajlov wird sich in Freiheit verteidigen können. Die Anklage gegen ihn lautet auf Verbreitung falscher Informationen und Veröffentlichung verbotener Artikel. Als er Anfang August ein Treffen mit Freunden vorbereitete, bei dem eine oppositionelle Zeitschrift gegründet werden sollte, war er verhaftet worden. Man nimmt an, daß es in den nächsten zwei Wochen zum Prozeß kommen wird. Mihajlov teilte mit, daß er gegen die Anklage keine Einwendungen erheben werde. „Es gibt nichts, wogegen ich Einspruch erheben könnte“, sagte Mihajlov. „Wenn ich verurteilt werde, würden die Behörden zugeben, daß sie den Sozialismus mit einem Einparteiensystem identifizieren.“ Mihajlov berichtete außerdem, daß seine geplante Zeitschrift demnächst erscheinen werde. Eine Druckerei für sie sei schon gefunden. „Alles ist vorbereitet. Die Leute arbeiten daran, und die erste Nummer wird demnächst herauskommen.“ Er selbst werde an der ersten Nummer nicht mitarbeiten.

Die Zonen-Visa für Ausländer

jn. LEIPZIG, 11. September. Für ausländische Touristen, die nach Mitteldeutschland fahren wollen, gelten ab sofort erleichterte Einreisebestimmungen. In Zukunft soll das Einreisevisum ohne weitere Formalitäten an den Grenzübergängen zu erhalten sein. Es müssen lediglich ein gültiger Reisepaß vorgelegt und die vorherige Buchung einer Vollpension oder der Erwerb entsprechender Gutscheine durch ein Reisebüro nachgewiesen werden. Eine solche Buchung kann auch direkt an den Grenzübergängen vorgenommen werden. Für Bürger der Bundesrepublik gelten diese Erleichterungen jedoch nicht. Entgegen den üblichen Gepflogenheiten sinn bei der Leipziger Messe jetzt bei ausländischen Besuchern schon bei einem eintägigen Besuch Zonen-Visa in die Pässe eingestempelt worden, obwohl normalerweise ein Messeausweis genügt hätte.

Nordkoreas Vorschlag zurückgewiesen

WASHINGTON, 11. September (UPI). Die Vereinigten Staaten haben den Vorschlag Nordkoreas zur Einberufung einer internationalen Konferenz für die Lösung der Korea-Frage zurückgewiesen. Anlaßlich des 18. Jahrestags der Gründung der Volksrepublik Nordkorea hatte sich der nordkoreanische stellvertretende Ministerpräsident Kwang Kyup Kim dafür ausgesprochen, alle Staaten, die am Korea-Krieg beteiligt waren, zu einer Konferenz einzuladen, auf der die Probleme des geteilten Landes erörtert werden sollten. Das amerikanische Außenministerium erklärte zu diesem Vorschlag, es bestünden im Rahmen der Vereinten Nationen Pläne für die Wiedervereinigung des Landes. Eine neue Konferenz sei deshalb unnötig.

Zwischen „Schwarzer Macht“ und weißen Herrenmenschen

Brandt, Erier und Wehner sprechen.
(F.A.Z.)

Johannes Dieckmann, der Präsident der „Volkskammer“, hat in Leipzig auf einem Empfang für eine guinesische „Parlaments-Delegation“ die sich „ständig weiter vertiefenden Beziehungen zwischen der DDR und der Republik Guinea“ gewürdigt. (F.A.Z.)

Todor Schiwkoff, der bulgarische Ministerpräsident und Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens, wird auf Einladung der französischen Regierung am 10. Oktober zu einem sechstägigen offiziellen Besuch in Frankreich eintreffen. (dpa)

In Berlin ist der „Achte Deutsche Technikertag“ der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft eröffnet worden. 120 stimmberechtigte Delegierte aus allen Bundesländern nehmen daran teil.

Die Devisenhilfe-Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien werden am Montag in München fortgesetzt. (dpa)

Der Deutsche Entwicklungsdienst in Bad Godesberg hat einen jungen Berliner Techniker als 5000sten Bewerber für eine Aufgabe in einem Entwicklungsland registriert. (AP)

Einem ungarischen Ehepaar und einem 25jährigen Arbeiter ist am Freitag im Burgenland die Flucht nach Österreich gelungen. (AP)

Pakistan und Malaysia haben ihre diplomatischen Beziehungen wiederaufgenommen. Diese Übereinkunft ist durch die Vermittlung des Schahs von Persien zustande gekommen. (UPI)

Zwischen „Schwarzer Macht“ und weißen Herrenmenschen

Atlanta sucht auf den Weg der Vernunft zurückzukehren / Sabina Lietzmann berichtet

Vor fünf Jahren hat Präsident Kennedy der Stadt Atlanta Dank und Anerkennung für die Würde und Gesetzestreue ihrer Bürger ausgesprochen, die allen Gemeinden des Südens zum Vorbild dienen könnten. Hatte doch die rassenbewußte, bürgerstolze Kapitale des tiefen Südens den Eintritt von Negerkindern auf bisher rein weiße höhere Schulen trotz ängstlicher Erwartungen schmerzlos und ohne Zwischenfall vollzogen, weil Stadtverwaltung, Presse und eine Vielzahl kommunaler Gruppen von den Pfadfindern bis zur Handelskammer in idealem Zusammenwirken die Bevölkerung über Monate hin darauf vorbereitet hatten, sich in das Unvermeidliche mit Einsicht zu fügen.

Es gab in Atlanta damals keinen Skandal wie in anderen Städten. Auch in den Jahren seither hat Atlanta sich den Ruf einer liberalen Stadt, einsichtig regiert und zum konstruktiven Zusammenwirken weißer und farbiger Bürger stets bereit, bewahrt. Atlanta hat eine einflußreiche Zeitung unter Leitung des im ganzen Lande bekannten und geachteten Redakteurs und Leitartiklers Ralph McGill, es hat einige gut geführte Negeruniversitäten in seiner Umgebung, und es ist seit zwei Jahrzehnten Sitz einer regionalen Organisation, in der Farbige und Weiße an der Verbesserung des Negerchicksals arbeiten.

Seit den fünfziger Jahren ist Atlanta auch Hauptquartier von Martin Luther Kings Organisation, der Southern Christian Leadership Conference. Seit 1960 schließlich beherbergt es die Zentrale noch eines weiteren Farbigenverbandes: des „Student non-violent Committee“ (Gewaltloses Studenten-Komitee), das sich unter seinem neuen Führer Stokely Carmichael in diesem Sommer zum Bannerträger der neuen Losung „Black Power“ (Schwarze Macht) macht und Einfluß für die Schwarzen entwickelt hat.

Der Zusammenstoß zwischen liberalen und militanten Kräften hat Atlanta in der vergangenen Woche seine erste Krise seit langem beschert. Ihre Bewältigung ist für Stadtverwaltung und Bevölkerung ein Test wie damals, 1961, die vom Obersten Gericht befohlene Zulassung von Negerkindern auf die höheren Schulen. Der Zwischenfall entwickelte sich aus der Verfolgung eines schwarzen mutmaßlichen Autodiebes durch einen Polizisten, wobei der flüchtige Neger von dem Polizisten angeschossen wurde. Es folgte ein Straßenaufruhr in dem schwarzen Viertel.

Stokely Carmichael und andere Mitglieder seines „Komitees“ erschienen mit Lautsprecherwagen auf der Szene und wiegelten die Bevölkerung zum Angriff gegen die Polizei auf. Es entwickelte sich eine jener Straßenschlachten, die es diesen Sommer in vielen amerikanischen Städten gegeben hat,

mit Flaschen und Ziegelsteinen als Wurfgeschossen. Der Bürgermeister Ivan Allen, ein liberaler und allseits geachteter Mann, fuhr in das Aufruhrgebiet, wollte vom Dach eines Polizeiwagens aus die Bevölkerung zur Ruhe mahnen und wurde vom Auto in die Menge geschleudert.

Mit Tränengas trieb die Polizei schließlich die Massen auseinander, doch das Ereignis, das die einen eine rüde Straßenschlacht, die anderen „Atlantas schwarze Revolte“ nennen, wirkt nach: Die Stadtverwaltung hat Carmichael der Anzettlung von Unruhen angeklagt und ihn verhaften lassen. Man prüft, ob man ihn nicht nach einem alten Gesetz des Staates der Verbreitung aufrührerischer Schriften beschuldigen kann, ein Vergehen, das eine Höchststrafe von zwanzig Jahren Zuchthaus nach sich ziehen könnte.

Die schwarze Bevölkerung von Atlanta ist über das Ereignis fast mehr betroffen als die weiße. Carmichael und sein Studentenkomitee, das nicht nur in der Theorie, sondern neuerdings auch in der Praxis die Gewaltlosigkeit aus seinem Programm gestrichen hat (im Titel wird sie allerdings noch geführt), stößt bei dem wesentlichen Teil der farbigen Bürger von Atlanta auf wenig Gegenliebe, ja auf heftige Ablehnung. In den letzten Tagen haben sich mehrere schwarze Nachbarschaftsorganisationen gebildet, die in den Negervierteln Schilder mit dem

Aufdruck „Ich bin ein guter Nachbar“ verteilen und an Haustüren kleben, damit ihre friedlichen Absichten bekundend. An einer Stelle wurde bereits von Negern ein Werbetisch mit Literatur des Studentenkomitees verbrannt.

Weniger auffällig gehen andere Gruppen, darunter Geistliche, von Haus zu Haus und arbeiten an einer Bestandsaufnahme der farbigen Bevölkerung. Bürgermeister Allen hat alle arbeitslosen Neger aufgerufen, sich im Rathaus um Stellen zu bewerben, die reichlich zur Verfügung stünden. Eine andere Farbigengruppe, ad hoc gebildet, arbeitet mit der Behörde zusammen an der Beseitigung der ärgsten Übel in den Slums.

Aber auch die Gemäßigten unter den Schwarzen haben bereits einen militanten, sozusagen rechtsradikalen Flügel erhalten, der sich, durch den Schock der Straßenschlacht beschleunigt, aus rund hundert schwarzen Schülern und Studenten gebildet hat und erklärt, es sei nun an der Zeit, daß eine verantwortliche schwarze Jugend sich gegen die These von der schwarzen Macht ebenso Gehör verschaffe wie gegen weiße Theorien von Herrenrassen. In der Gegnerschaft gegen schwarze Extremisten sind farbige und weiße Bürger von Atlanta gemeinsam bemüht, der Stadt und ihren Ruf als liberalste Kapitale des Südens zu erhalten.

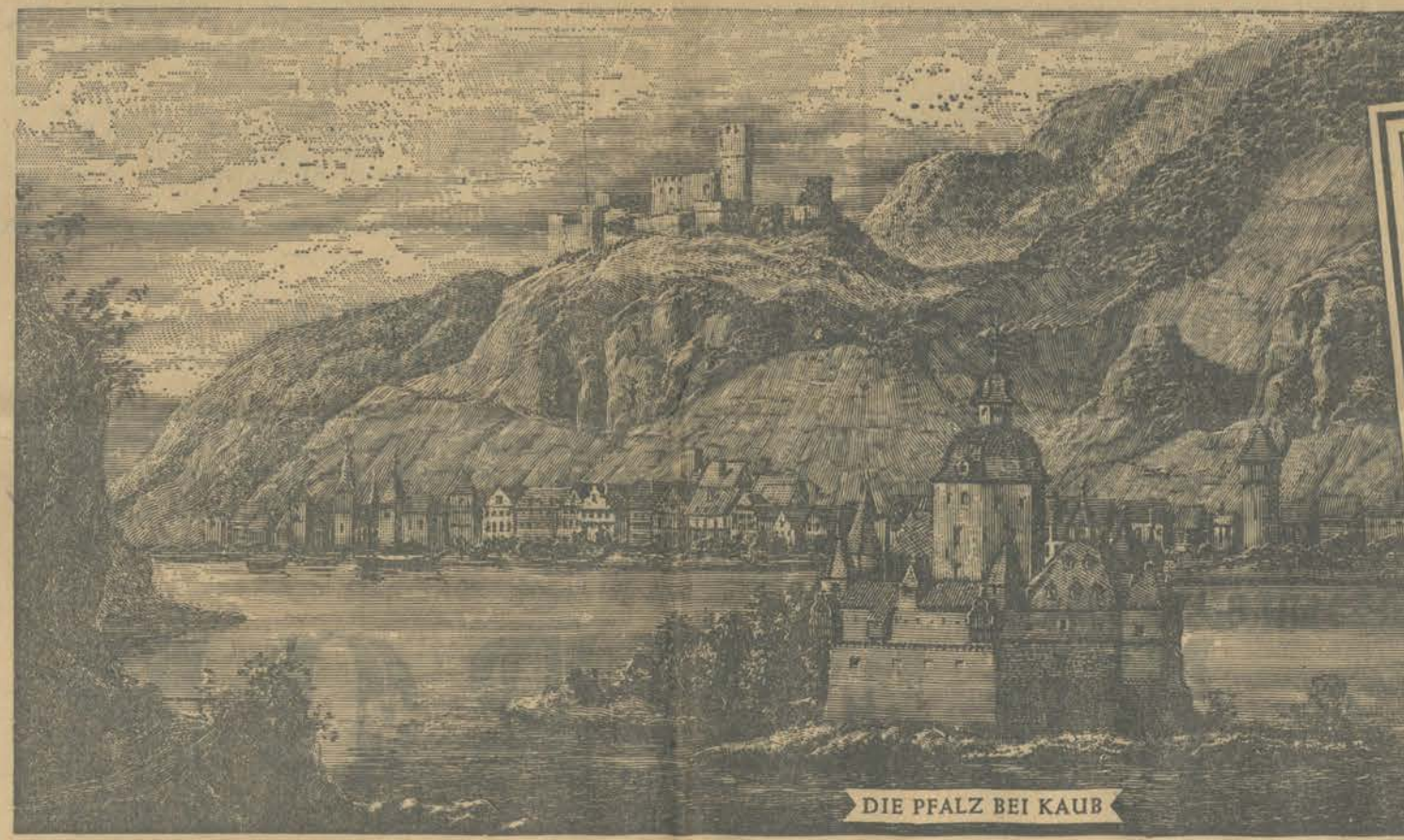
Vereinten Nationen Pläne für die Wiedervereinigung des Landes. Eine neue Konferenz sei deshalb unnötig.

Prader bei Malinowski

F.A.Z. MOSKAU, 11. September. Der österreichische Verteidigungsminister Prader ist zu einem einwöchigen Besuch in Moskau eingetroffen. Prader folgt einer Einladung des sowjetischen Verteidigungsministers Malinowski, der ihn auch auf dem Flughafen Scheremetjewo begrüßte. Der sowjetische Verteidigungsminister hatte vor einem Jahr Wien besucht.

Frankfurter Allgemeine Zeitung Frankfurter Zeitung

Verlag Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH. Verantwortlich für Politik: Dr. Bruno Dechamps, Nachrichten: Walter Nowak, Dr. Hermann Ruelius, Deutschland und die Welt: Bernd Naumann, Feuilleton: Dr. Robert Held, Sport: Karlheinz Vogel, Wirtschaft: Dr. Max Kruk, Dr. Hans Roesper, Lokales: Rudolf Reinhardt, Chef vom Dienst: Hugo V. Seib, Anzeigen: Kurt Grothe, alle in Frankfurt. Anzeigenpreisliste Nr. 24 vom 1. Januar 1966. — Monatsbezugspreis 6,60 DM durch Träger oder durch die Post einschl. Zustell- und Versandgebühren; im Streifband 8,— DM (Inland), 15,— DM (Ausland) einschl. Porto. Wöchentlich sechs Ausgaben. — Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH. — Gerichtsstand Frankfurt a. M. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr geleistet. Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. — Anschriften für Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Postfach 3463, und Hellerhofstraße 2-4. Postscheckkonto: Frankfurt Nr. 913 93. Telegramme: EFAZET Frankfurt. Fernschreiber 04 1223. Tel. Frankfurt (06 11) 2 69 11.



Am schönen Rhein!

Im Herzen dieses frohen Landes, in Rüdesheim am Rhein, wird der Asbach Alraut mit liebevoller Geduld gehegt und gepflegt, bis er herangewachsen und ausgereift ist zur Vollendung: zu seiner vollen Blume, seinem sanften Feuer und dem weinigen Geschmack - jenen drei unverkennbaren Merkmalen, welche seine edle Art deutlich bezeugen!

Asbach Alraut

Im Asbach Alraut ist der Geist des Weines!

DIE PFALZ BEI KAUB